

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

September 2005



Arbeit ist Maßstab des politischen Erfolgs

Erfolg ist der Maßstab der politischen Arbeit, heißt es. Wer sich in die Politik begibt, der lernt schnell, dass es für Wiederwahl und Bestätigung im Amt nicht in erster Linie auf die Qualität des Geleisteten ankommt, sondern auf das, was man in der Politik ein „vermittelbares Ergebnis“ nennt. Es gehört zum Geschick des politischen Geschäfts, die Maßstäbe des Erfolgs selbst festzulegen und möglichst dehnbar zu formulieren. Das erleichtert die Bewerbung um eine Mandatsverlängerung.

Erfolg also kein Maßstab der politischen Arbeit? Zum Beginn der neuen, der 16. Legislaturperiode sollten Regierung und Parlament sich darauf einstellen, dass die Bürger das nicht mehr akzeptieren. Sie bestehen auf der Formel: Arbeit ist der Maßstab des politischen Erfolgs. Und das in zweifacher Weise: Die Aussicht auf spätere Wiederwahl und Bestätigung im Amt sollte sich nur den Politikern und Parteien öffnen, die ohne Lavieren ihre Arbeit – ihre Kraft, ihre Klugheit und ihren Mut – der Aufgabe widmen, mehr Arbeit zu konkurrenzfähigen Bedingungen zu ermöglichen, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern und den Transferaufwand für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit zu begrenzen. Dabei darf es nicht mehr darum gehen, Arbeitslose in Rentner umzubenennen, um den Aufwand von einer Kasse auf die andere zu verlagern. Und es darf auch nicht länger hingenommen werden, mit illusionären Modellen der Scheinselbständigkeit die Tatsache zu verdrängen, dass es für einfache Arbeit zu hohen Kosten keine Nachfrage gibt.

Die Politik kann keine Arbeitslosen vermitteln, und sie kann nur sehr begrenzt die Leistungsfähigkeit einer Vermittlungsbehörde verbessern. Aber sie kann, wenn sie Mut hat, den Arbeitsmarkt zu einem Markt machen und ihm die wachsende Last falsch konstruierter Vorsorgesysteme durch Reformen erleichtern. Das ist die Aufgabe der Politiker, die nun ihre Arbeit beginnen. Daran wird man sie messen, wenn die Zeit ihrer Berufung abgelaufen sein wird.

Hans D. Barbier

Kraftstoffverbrauch

Der Benzinverbrauch ist in Deutschland seit Jahren rückläufig. Während im Rekordjahr 1993 noch 31,5 Millionen Tonnen verbraucht wurden, waren es 2004 nur noch 25 Millionen Tonnen. Bis zum Jahr 2020 erwartet der Mineralölwirtschaftsverband einen Rückgang auf 17 Millionen Tonnen.

Die im vergangenen Jahr verkauften Neuwagen haben im Durchschnitt rund 6,8 Liter Kraftstoff pro 100 Kilometer verbraucht; damit schluckten die Motoren zwei Liter weniger als vor fünfzehn Jahren. Sollte die europäische Automobilindustrie ihre Selbstverpflichtung einhalten, werden neue Autos ab dem Jahr 2008 durchschnittlich nur noch 5,6 Liter Kraftstoff auf 100 Kilometer benötigen.

Hauptursache für den gesunkenen Verbrauch ist der

Kraftstoffverbrauch

Verbrauch in Millionen Tonnen, ab 2005: Prognose

	Ottokraftstoffe	Diesel
2003	25,9	28,7
2004	25,0	29,9
2005	24,2	30,2
2006	23,7	30,8
2007	23,3	31,3
2008	22,8	31,4
2009	22,3	31,4
2010	22,0	31,3
2015	19,4	29,6
2020	16,9	26,9

Quelle: Mineralölwirtschaftsverband

Zuwachs bei den sparsameren Dieselfahrzeugen. Mittlerweile fahren 40 Prozent der Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen mit Diesel.

www.mwv.de/

Innovationsfibel

Anfang 2004 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die „Partnerschaft für Innovation“ ins Leben gerufen. Seit Ende Juni 2005 ist ein Ergebnis dieser Innovationsoffensive auf 106 Seiten der Broschüre „Deutsche Stars“ nachzulesen. Der geneigte Leser findet in diesem Bändchen laut Untertitel „50 Innovationen, die jeder kennen sollte“.

Und los geht's mit den Neuheiten aus deutscher Produktion: Gutenbergs Buchdruck aus dem Jahr 1440, Bismarcksche Sozialgesetzgebung ab 1883, Erfindung des Gummibärchens (1922), Herta Heuwers Currywurst (1949) und so weiter. Die brandaktuellste Innovation „Made in Germany“ datiert aus dem Jahr 2002. Dank der „ThyssenKrupp Elevator AG“ ist es seitdem möglich, Twin-Aufzüge – zwei Aufzugskabinen pro Schacht – in Hochhäuser einzubauen.

www.innovationen-fuer-deutschland.de

Kaufkraftvergleich

Für einen Euro können Reisende in Kairo Waren und Dienste einkaufen, die in

Deutschland 1,53 € kosten würden. Mehr für seinen Euro bekommt auch, wer in die neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer reist: In der Tschechischen Republik ist der Euro ungefähr 22 Prozent mehr wert als bei uns, in Polen beträgt der Vorteil 19 Prozent.

In den alten EU-Ländern ist das Leben dagegen häufig teurer als in Deutschland. In Österreich (0,95 €), Italien (0,91 €) und Frankreich (0,88 €) ist die Kaufkraft niedriger als in Deutschland, und wer nach Großbritannien oder Dänemark reist, verliert sogar ein Fünftel seiner Euro-Kaufkraft. Besonders kostspielig ist Tokio: Für einen Euro erhält der Reisende einen Gegenwert von 65 Cent.

Euro-Kaufkraft

Ein Euro in Deutschland entspricht in:

Ägypten	1,53 €
Thailand	1,29 €
Litauen	1,27 €
Tschechische Republik	1,22 €
Namibia	1,20 €
Südafrika	1,20 €
Polen	1,19 €
Trinidad/Tobago	1,16 €
Belgien	1,00 €
Griechenland	1,00 €
Niederlande	0,97 €
Kanada	0,95 €
Österreich	0,95 €
Australien	0,94 €
Italien	0,91 €
USA	0,91 €
Frankreich	0,88 €
Schweiz	0,84 €
Großbritannien	0,81 €
Dänemark	0,80 €
Japan	0,65 €

Stand: Juli 2005

Quelle: Statistisches Bundesamt

Spekulationen um den Ölpreis

In der Regel steigen die Preise, wenn auf einem Markt die Nachfrage größer ist als das Angebot. Die Wirkungen dieses ökonomischen Gesetzes erleben die Verbraucher gegenwärtig beim Tanken von Benzin und Heizöl. Beinahe täglich stellen die Preise neue Rekorde auf.

Rohöl ist seit Jahresbeginn 2005 um mehr als 70 Prozent teurer geworden. Knapp 70 Dollar je Barrel (159 Liter) kostet das „schwarze Gold“ derzeit. Da auch der Wechselkurs des Dollar gegenüber dem Euro gestiegen ist, liegt der Ölpreis in Euro gerechnet sogar um rund 80 Prozent höher als zu Jahresanfang.

Für diese Entwicklung gibt es verschiedene Gründe. Insbesondere China und Indien haben begonnen, den Energiebedarf ihrer wachsenden Industrien auf dem Weltmarkt zu decken. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt den daraus resultierenden Nachfrageanstieg auf zwei Prozent.

Besonders gravierende Veränderungen haben sich aber auf der Angebotsseite ergeben: ■ Da ist zunächst einmal die Tatsache, dass die Ergiebigkeit von Ölfeldern generell fällt. Es ist ein Naturgesetz, dass der Druck eines Erdölfeldes mit zunehmender Fördermenge abnimmt und die Ölentnahme immer schwieriger und damit auch teurer wird. Für große Ölmultis wie Exxon oder British Petroleum gilt ein Vorkommen bereits als ausgeschöpft, wenn ein Drittel des vorhandenen Erdöls gefördert wurde. Zahlreiche Lagerstätten haben ihr Produktionsmaximum längst überschritten. Aber seit dem Jahr 1976 wurden kaum noch neue, ergiebige Ölfelder entdeckt.

■ Hinzu kommt, dass sich das Ölangebot nicht nur nach der Nachfrage richtet, sondern auch politisch motiviert ist. Seit 1960 bestimmt die OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries), wie viel Öl aus ihren Mitgliedsländern verkauft werden darf. Durch Festlegung von Förderquoten für die einzelnen OPEC-Mitglieder wird die Erdölproduktion geregelt und – durch künstliche Verknappung oder Steigerung der Ölförderung in den Mitgliedsländern – der Preis für Erdöl gesenkt, stabilisiert oder verteuert. Das OPEC-Kartell hat beträchtlichen Einfluss auf den Markt. Im Juli 2005 haben die zehn OPEC-Nationen 28,21 Millionen Barrel pro Tag produziert – ein Drittel der Weltproduktion, die bei rund 83 Millionen Barrel liegt.

■ Schließlich können auch Naturkatastrophen und Unfälle den Ölfluss ins Stocken bringen. Der Wirbelsturm „Katrina“ hat jüngst 23 Prozent der amerikanischen Ölförderung lahm gelegt.

Der Preismechanismus

Steigende Nachfrage bei tendenziell sinkender Fördermenge: Der Bedarf lässt sich nicht mehr so preisgünstig befriedigen, wie das vor Jahresfrist möglich war. Aber steigende Preise wirken auf Nachfrage und Angebot: Sie dämpfen die Nachfrage und steigern das Angebot. Allerdings sind das üblicherweise komplexe

Prozesse, die nicht von heute auf morgen geschehen.

Von einem absoluten Öl-mangel kann also nicht gesprochen werden. Es geht um Knappheit, und Knappheit ist relativ. Momentan liegt der Engpass vor allem in der Verarbeitung des Rohöls. Es fehlen Raffinerien, die das Öl zu Kraftstoffen und Heizöl veredeln können. Diese Knappheit wurde durch „Katrina“ noch verschärft.

Mit den steigenden Preisen verbessert sich aber auch die finanzielle Situation der Ölkonzerne. Sie können in neue Anlagen investieren. Allein die drei weltweit größten Ölkonzerne – Exxon Mobil, British Petroleum und Royal Dutch Shell – werden 2005 rund 70 Milliarden Dollar Nettogewinne ausweisen.

Die Mitteldeutsche Erdöl Raffinerie GmbH (MIDER), Tochtergesellschaft der Total-Fina Elf S.A., hat in den vergangenen Jahren eine neue Raffinerieanlage in Leuna errichtet. Die Investitionskosten für das Projekt beliefen sich auf insgesamt 2,4 Milliarden €.

Erdöl

Förderung und Verbrauch weltweit in Milliarden Tonnen

	Förderung	Verbrauch
2000	3,60	3,54
2001	3,59	3,55
2002	3,56	3,59
2003	3,69	3,66
2004	3,82	3,78

Quelle: Mineralölwirtschaftsverband



„Bei keiner anderen Erfindung ist das Nützliche mit dem Angenehmen so innig verbunden wie beim Fahrrad.“

Adam Opel

Das heißt: Mit dem zusätzlichen Gewinn kann einiges aufgebaut werden.

Natürlich ist auch die Suche nach neuen Erdölfeldern kostspielig. Eine Probebohrung kann bis zu 50 Millionen € kosten, und längst nicht jede führt zum erhofften Fund. Um Erdöl suchen und fördern zu können, muss in den betreffenden Staaten das Recht zur Suche und – im Falle des Fundes – zur Förderung erworben werden; dieses Recht ist vertraglich geregelt und wird in Form einer Konzession erteilt.

Ausstiegsillusionen

Je teurer Rohöl und Ölprodukte sind, desto lukrativer werden auf der Nachfrageseite Alternativen. Die Verbraucher überlegen, wo sie ihren Verbrauch reduzieren können, ob sie beispielsweise unbedingt mit dem Auto fahren müssen oder ob sie auf Bus, Bahn, Fahrrad etc. umsteigen können, ob sparsame Fahrzeuge gekauft oder Gebäude-Isolierungen verbessert werden sollen.

Es gibt inzwischen in einigen Bereichen Alternativen zum Erdöl: Biokraftstoffe, Solarstrom und Erdwärme, Gezeiten- und Wasserkraftwerke. Allerdings ist der Energiebedarf höher, als regenerativ gedeckt werden kann. Die Wirtschaft ist auf die Ressource Erdöl angewiesen, wie auf keinen anderen Rohstoff. Ein wirklicher Ausstieg, ein Übergang zu einer „ölfreien“ Wirtschaft, kann auf absehbare Zeit nicht gelingen.

Am Beispiel des Straßenverkehrs in Deutschland wird deutlich, warum:

■ Am weitesten verbreitet sind Erdgasautos. Die Autoindustrie bietet Modelle aller Preis- und Größenklassen an, die überwiegend als Hybridautos auch mit Benzin fahren können. Von den 60 Millionen Fahrzeugen auf Deutschlands Straßen fahren derzeit rund 30 000 mit Erdgas. Der steuerbegünstigte Preis für Erdgas liegt umgerechnet auf den Benzinpreis bei rund 50 Cent je Liter. Erdgasautos sind in der Anschaffung teurer als gewöhnliche Benzin- oder Dieselfahrzeuge.

Schwachstelle ist auch das Tankstellennetz: Bundesweit gibt es knapp 600 Zapfstationen. Bis 2007 will die Gaswirtschaft das Netz auf 1 000 ausbauen, aber Benzin und Diesel kann bundesweit an 15 430 Tankstellen gezapft werden. Und wer auf Unabhängigkeit vom Öl setzt, muss bedenken: Erdgas wird von fast den gleichen Firmen gefördert, die auch Erdöl fördern.

■ Biodiesel ist ein regenerativer Treibstoff, der aus Raps oder anderen Ölpflanzen gewonnen wird. Doch eine flächendeckende Alternative ist auch Biodiesel nicht. Bislang mischen die großen Mineralölfirmen ihrem Dieselmotorenkraftstoff bis zu fünf Prozent Biodiesel bei. Die Autohersteller lassen jedoch reinen Biodiesel für ihre modernen Dieselmotoren nicht als Treibstoff zu. Wer sein Auto dennoch umrüstet, verliert die Herstellergarantie. Das größte Manko dieses alternativen Treibstoffs ist aber, dass auf den vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen nicht genügend Biodiesel hergestellt werden kann.

■ Die Versuche, Motoren mit Wasserstoff zu betreiben, sind weit gediehen. Aber die Nachteile der Wasserstofftechnik sind unübersehbar: Der Wagen braucht einen großen Treibstofftank samt Isolierung. Das Fahrzeug verliert viel Platz oder muss entsprechend größer und schwerer gebaut werden. Auch beim Wasserstoff ist die Gewinnung und Bereitstellung von kostengünstigem Treibstoff in ausreichender Menge noch ungelöst.

Staat als Preiswächter?

Nach den Preissprüngen an den Zapfstellen war zu erwarten, dass die Bundesregierung zum Eingreifen aufgefordert wird. Sie könne zum Beispiel die Steuer auf Mineralöl senken. Von 1,31 € je Liter Normalbenzin (Stand: Ende August) kassiert der Staat rund 84 Cent Steuern (Mineralöl-, Öko- und Mehrwertsteuer). Würde der Staat nur auf den Ökosteueranteil verzichten – inklusive Mehrwertsteuer rund 18 Cent –, würde Normalbenzin nur noch 1,13 € kosten. Der Haken: Die gut 16 Milliarden €, die aus der Ökosteuer jährlich in die Rentenkassen fließen, müssten dann auf andere Weise finanziert werden, zum Beispiel, indem der Beitrag zur Rentenversicherung angehoben wird. Mit einer solchen Umfinanzierung ist niemandem geholfen.

Einige forderten, die nationale Ölreserve freizugeben. Die Bundesregierung besitzt eine Reserve (Kraftstoffe, Heizöl, Bitumen), die für etwa 90 Tage die Versorgung in Deutschland garantieren soll. Sie ist teils in bundesweit ver-

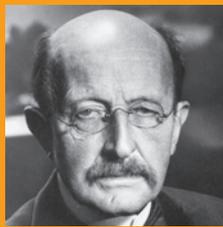
teilten Tanks, teils in unterirdischen Kavernen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gelagert. Der Erdölbevorratungsverband verwaltet nach eigenen Angaben gut 29 Millionen Tonnen Rohöl und Fertigprodukte als gesetzliche Mindestreserve für den Fall, dass Versorgungsengpässe drohen oder überwunden werden müssen.

Auf Antrag der USA hat die Internationale Energieagentur Anfang September mit Zustimmung ihrer 26 Mitgliedsstaaten beschlossen, innerhalb von 30 Tagen insgesamt 60 Millionen Barrel aus den Reserven in den Markt zu geben. Der Anteil Deutschlands an dieser Aktion beträgt 474 000 Tonnen Rohöl und Ölprodukte. Die Freigabe war eher ein symbolischer Akt. Sie ist kein Instrument zur dauerhaften Preissenkung, zumal sie eines Tages wieder aufgefüllt werden muss.

Hilfe durch Markt

Knappheiten können nicht aus der Welt geschafft werden – weder durch die Industrie noch durch den Staat. Das einzig verlässliche Instrument ist und bleibt ein intakter Preismechanismus, der jeden zwingt, seine Rolle auf dem Markt anzunehmen: die Industrie, indem sie Investitionen und Forschungsmittel für marktfähige Produkte einsetzt; den Verbraucher, indem er das Produkt sorgsam und umsichtig verwendet; und schließlich den Staat, indem er darauf achtet, dass die Markt- und Wettbewerbsregeln von allen Beteiligten eingehalten werden.

Andreas Schirmer



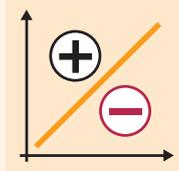
„Auch eine Enttäuschung, wenn sie nur gründlich und endgültig ist, bedeutet einen Schritt vorwärts.“

Max Planck

IM KLARTEXT

September 2005

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im September 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die letzte Arbeitslosenstatistik vor der Bundestagswahl lässt wenig Grund zur Freude. Im August 2005 waren rund 4,73 Millionen Arbeitslose statistisch erfasst, knapp 382 000 Menschen mehr als im Vergleichsmonat 2004.

Arbeitslose

in Millionen,
jeweils August



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit um 44 000 im Vergleich zum Vormonat Juli ist dem Zuwachs bei den „Ein-Euro-Jobs“ zu verdanken: 24 100 Personen haben im August eine solche „Ar-

beitsgelegenheit“ aufgenommen. Die Kommunen planen sogar, die Zahl dieser so genannten „Arbeitsgelegenheiten“ von derzeit 235 900 auf 350 000 auszubauen. Doch Ein-Euro-Jobs kaschieren nur die Arbeitslosigkeit; ein Weg zu einem ausreichenden, eigenständig erwirtschafteten Lebensunterhalt sind sie nicht.

Geldwertstabilität



Noch immer ist das Sparbuch in Deutschland weit verbreitet. Nach einer Befragung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands hatten im vergangenen Jahr 54 Prozent al-

ler Deutschen über 14 Jahre ein Sparbuch.

Für Juli 2005 weist die Bundesbank 584 Milliarden € Spareinlagen für „inländische Privatpersonen“ aus. Schätzungsweise 150 Milliarden € davon sind „Notgroschen“, die auf Sparbüchern eingezahlt wurden. Das Manko dabei: Die Guthabenzinsen liegen meistens bei einem Prozent oder weniger. Mit anderen Worten: Das Ersparte verliert bei einer Inflationsrate von derzeit knapp zwei Prozent permanent an Wert.

Eigenverantwortung



Immer weniger Aktionäre besuchen die Hauptversammlungen. Nur knapp 46 Prozent der stimmberechtigten Anteilseigner waren in diesem Jahr auf den Aktionärstreffen der 30 im Deutschen Aktienindex notierten Unternehmen.

Der Gesetzgeber will die Präsenz auf den Hauptversammlungen erhöhen. Helfen soll dabei das im Juli 2005 verabschiedete „Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts“. Es führt in

Deutschland die international übliche Stichtagsregelung ein, das so genannte „Record-Day-Prinzip“. Wertpapiere müssen nicht, wie bisher, hinterlegt werden. Stattdessen muss sich der Anteilseigner 21 Tage vor der Hauptversammlung anmelden. Stimmrecht und Einladung erhält derjenige, bei dem die Aktien am 14. Tag vor der Hauptversammlung im Depot liegen – bürokratischer geht's nicht.

Das Gesetz wird am 1. November 2005 in Kraft treten.

Aktionärstreffen

Präsenzen auf der
Hauptversammlung in Prozent



Quelle: Dt. Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz

Preisanstieg 2005

Veränderung gegenüber
Vorjahresmonat in Prozent

Januar	1,6
Februar	1,8
März	1,8
April	1,6
Mai	1,7
Juni	1,8
Juli	2,0
August*	1,9

* vorläufig

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance / akg-images
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard